

# „Wir zahlen nicht für eure Kriege!“

**Statt in Aufrüstung: 100 Milliarden für eine demokratische, zivile und soziale Zeitenwende**

**Deeskalieren: Keine Waffenlieferungen an die Ukraine! – Wirtschaftskrieg gegen Russland beenden!**

*Über 100 Organisationen und namhafte Einzelpersonen rufen zu einer bundesweiten Demonstration am 2. Juli 2002 in Berlin auf, aufgelistet unter [www.zivilezeitenwende.de](http://www.zivilezeitenwende.de). Wir unterstützen durch eine Kundgebung am selben Tag die Demonstration und den folgenden Aufruf dazu.*



Wir – Friedensbewegte aus ganz Deutschland – rufen dazu auf, das angekündigte Aufrüstungspaket von 100 Milliarden Euro im Grundgesetz gemeinsam zu stoppen und für die Umwidmung der Mittel zum Ausbau des Sozialstaats zu kämpfen. Die Aufrüstungspolitik ist grundfalsch, hochgefährlich und zynisch, weil sie bedeutet, die gesellschaftliche Krise mit Militarismus zu beantworten statt mit sozialem Fortschritt zur Mehrung des Allgemeinwohls. Rüstungs- und Kriegspolitik stehen immer im Gegensatz zur solidarischen Kultivierung der Gesellschaft. Deswegen engagieren wir uns stattdessen für massive öffentliche Investitionen und dauerhafte Ausgabenerhöhungen für Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur und Klima – zur zivilen, demokratischen und sozialen Wohlfahrt weltweit.

**Die Waffen nieder!**

Den Krieg in der Ukraine wird diese Aufrüstung weder stoppen noch verkürzen. Vielmehr hat das neue globale Wettrüsten der vergangenen Jahre die verschärfte Konfrontation der großen Machtblöcke mit verursacht und eskaliert sie weiter. Auch geht es bei dem Aufrüstungspaket nicht um Landesverteidigung, sondern um national eigenständige Kriegsbefähigung. Die auf der Einkaufsliste stehenden F35-Tarnkappenbomber und Drohnensysteme sind aggressives Angriffskriegsgerät und sollen zudem die atomare Teilhabe verstetigen. Dagegen ist der einzige Weg zum Frieden: Abrüstung, Deeskalation, internationale Diplomatie und soziale Gerechtigkeit weltweit!

**Nie wieder Krieg!**

Aufrüstung gehört nicht ins Grundgesetz. Im Gegenteil: Als Konsequenz aus zwei imperialistischen Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen, sowie als Schlussfolgerungen aus der Befreiung vom deutschen Faschismus, flossen ins Grundgesetz das Gebot zum Frieden, zu Gewaltverzicht, Völkerverständigung, Asylrecht und Sozialstaat ein: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten sind verfassungswidrig“ (Art. 26). Ein bis heute und

für heute gültiges Entwicklungsprogramm, damit nie wieder Krieg von Deutschland ausgeht!

**Gemeinsame Entwicklung statt Aufrüstung**

Mehr Waffen schaffen keinen Frieden und Sicherheit gibt es nur gemeinsam, nicht gegeneinander! Das Potential für zivile, demokratische und soziale Wohlfahrt für alle ist vorhanden. Eine gerechte Ressourcenverteilung würde die Hungerkrisen insbesondere im globalen Süden beenden; der Umstieg auf erneuerbare Energien für eine nachhaltige Klimapolitik ist technologisch möglich; eine umfassende Gesundheitsversorgung kann für alle gewährleistet und solidarische Entfaltung durch vernünftige Arbeit, soziale Sicherheit und demokratisch-offene Bildung und Kultur für Alle geschaffen werden.

All dies erfordert globale Kooperation, demokratische Aushandlung und kluge Investitionen für die gemeinsame Lösung von Problemen.

**NEIN zur Aufrüstung!**

Das Aufrüstungspaket ist gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung weltweit gerichtet. Es geht einher mit gesteigert unsozialer und autoritärer Politik, mit Nationalismus und Chauvinismus. Die ohnehin enorme Ungleichheit wächst weiter. Profiteure sind einzig die Chefetagen von Banken und Rüstungskonzernen. Statt dieser destruktiven Hinterzimmerpolitik braucht es eine tatsächlich demokratische, zivile und soziale Zeitenwende – hervorbringen von uns Allen in Gewerkschaften, Schüler:innen- und Studierendenvertretungen, Friedens-, Antifa-, Umwelt- und sozialen Bewegungen, in Kirche und Kultur-, Bildungs-, Sozialeinrichtungen sowie in Parteien.

Allein mit je 20 Milliarden in die öffentliche Energie- und Verkehrsinfrastruktur, in die Sanierung von Schulen und Hochschulen, in den personellen Ausbau des Gesundheitswesens, in sanktionsfreie soziale Mindestsicherungen und in die Förderung von Museen, Theatern, Kinos und Bücherhallen würde ein notwendiger Schritt zur Lösung der vordringlichsten Probleme der Mehrheit getan. Wir rufen daher auf, eine solche Kehrtwende gemeinsam durchzusetzen!

## Nein zu Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg

Wir wenden uns zudem entschieden dagegen, den verheerenden Krieg in der Ukraine durch Waffenlieferungen zu verlängern und durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland immer weiter zu eskalieren. Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung kann nur im Engagement für ein rasches Ende der Kampfhandlungen durch Verhandlungen bestehen und nicht im Bemühen, Russland niederzuringen.

Der Krieg in der Ukraine hat sich längst zum Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland entwickelt. Er wird nicht nur auf dem Rücken der UkrainerInnen ausgetragen, sondern auf dem der ganzen Welt. Er führt weltweit zu Lieferengpässen und Preiserhöhungen, die besonders hart die armen Länder und Bevölkerungsgruppen treffen. In Afrika droht bereits eine Hungerkatastrophe, die Millionen von Menschenleben kosten kann. UN-Generalsekretär António Guterres warnte vor kurzen, dass der Krieg in der Ukraine zusammen mit den Wirtschaftsblockaden eine noch nie dagewesene Welle von Hunger und Elend auszulösen drohe.

## Verantwortungslose Bumerang-Boykotte

Gravierende Auswirkungen sind jedoch auch hierzulande zu erwarten. Die Bundesregierung hat bereits die Alarmstufe im Notfallplan Gas aktiviert und ihre Bürger auf eine lange entbehrungsreiche Phase einstimmt. Der sich abzeichnende Energiemangel kann laut Finanzminister Lindner bis zu fünf Jahre andauern. Trotz der massiven Abhängigkeit Deutschlands von russischem Öl und Gas hat die Ampelkoalition völlig verantwortungslos dessen Import drastisch reduziert, ohne eine halbwegs zuverlässige und bezahlbare Ersatzlösung in Sicht zu haben. Warnungen von Unternehmern, wie BASF-Chef Brudermüller vor der „Zerstörung der gesamten Volkswirtschaft“ oder anderer Experten vor einem „ökonomischen Selbstmord“, werden einfach ignoriert.

Wer nur argumentiert, die Boykottmaßnahmen seien doch aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine alternativlos, der sei daran erinnert, dass dem weit verheerenderen US-geführten Überfall auf den Irak so wenig Sanktionen folgten, wie den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan oder Libyen.

Zudem wurde auch noch nie ein Krieg durch Wirtschaftsblockaden beendet und das von Außenministerin Baerbock geäußerte Bestreben, Russland dadurch „zu ruinieren“ läuft offensichtlich ins Leere. Der größte Teil der Welt beteiligt sich nicht daran, kritisiert die westliche Doppelmoral und fordert ihre Einstellung. Russland exportiert zwar weniger fossile Energieträger als zuvor, nimmt aber, aufgrund der durch die Verknappung gestiegenen Preise wesentlich mehr für sie ein. Berlin und Brüssel dachten, sie würden mit ihren Boykottmaßnahmen Sturmgeschütze gegen Moskau abfeuern, stattdessen waren es Bumerange.

## Verhandeln und Deeskalieren – gemeinsame Sicherheit statt NATO!

Statt immer mehr Waffen und Boykotte, müssen endliche Anstrengungen zu ernsthaften Verhandlungen her. Die italienische Regierung hat recht vernünftige Vorschläge gemacht, die Bündnispartner in EU und NATO haben sie beiseitegeschoben.

Wir protestieren gegen die von der NATO auf ihrem Madrider Gipfel beschlossene massive Aufstockung ihrer Truppen an den russischen Grenzen, sowie die verschärfte Rhetorik im neuen strategischen Konzept. Wir fordern stattdessen Bemühungen um Wiederaufnahme von umfassenden Rüstungskontrollverhandlungen und eine Friedenspolitik, die auf globale Partnerschaft und Kooperation gerichtet ist, statt auf die Aufrechterhaltung westlicher Dominanz.

**Kundgebung: Samstag 2. Juli 2022**

**12.00 Uhr, Anatomiegarten (Hauptstr. beim Bunsen)**

**Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg**

– Infos und Kontakt [www.antikriegsforum-heidelberg.de](http://www.antikriegsforum-heidelberg.de)

Wir zahlen nicht für eure Kriege!

**100 Milliarden für  
eine demokratische  
zivile & soziale  
Zeitenwende**

bundesweite  
**DEMO**  
**2. Juli '22**  
**Berlin**

14 Uhr - Bebelplatz

[www.zivileZeitenwende.de](http://www.zivileZeitenwende.de)

